

Leitfaden zur US Wahl

von John James

Da ich in meiner Prognose zum Ausgang des Brexit-Referendums richtiglag, werde ich immer wieder gefragt, was ich zum Ausgang der bevorstehenden US Präsidentenwahl sage. Nun, ich habe kein Problem, diese Frage zu beantworten und zu schreiben, dass ich einen Sieg von Donald Trump erwarte, insofern man diese Wahl als eine Volksabstimmung betrachten kann. Das heißt, ich erwarte, dass Donald Trump bei dieser Wahl mehr Stimmen bekommen wird als Hillary Clinton.

Die US Präsidentschaftswahl ist allerdings keine Volksabstimmung. Am 08.11.2016 werden eigentlich nicht Trump oder Clinton, sondern sogenannte Electors (Wahlmänner) gewählt, die zu einem späteren Zeitpunkt in einem electoral college (Wahlkonvent) die formelle Wahl des US Präsidenten durchführen. Ob eine Mehrheit bei den abgegebenen Stimmen zu einem Sieg im Electoral College führen wird, kann niemand vorhersagen. Für Gore hat es 2000 im Wahlkampf gegen Bush jedenfalls nicht gereicht.

Eine Prognose, die einen Tag vor einer Wahl abgegeben wird, also zu einem Zeitpunkt, wo man meinen sollte, in ein paar Stunden die Wahrheit erfahren zu können, ist allerdings wenig interessant. Interessanter sind vermutlich eher die Beweggründe, die mich zu dieser Erwartung führen.

Tatsächlich erkenne ich Parallelen im Wahlkampf zwischen Trump und Clinton und dem Wahlkampf um die EU Mitgliedschaft Großbritanniens. In beiden Fällen geht es um die Frage, ob der besondere anglo-amerikanischer Weg, der im Falle Großbritanniens seit 800 Jahren und im Falle der USA seit nahezu 250 Jahren für wirtschaftliche und politische Freiheit gesorgt hat und im Großen und Ganzen materiellen Wohlstand geschaffen hat, beibehalten werden soll, oder ob das Volk den Politikern ein Mandat erteilen wird, diese Tradition zu verlassen und das politische System dieser Länder nach dem Vorbild der kontinental-europäischen Verfassungsstaaten neu zu gestalten.

Dass diese Frage im Brexit Referendum explizit gestellt wurde, liegt auf der Hand und ich habe in einigen Artikeln, die im Artikel Archiv von Bachheimer.com zu finden sind, erläutert, warum die britische Tradition der parlamentarischen Souveränität und des Common Law mit dem Prinzip des Anwendungsvorranges des EU Rechts inkompatibel ist. Es mag aber überraschen, dass ich diese Auseinandersetzung als etwas Wahlentscheidendes im jetzigen US Wahlkampf erkenne.

Aber jeder, der mit in Europa ansässigen US Bürger spricht, weiß, welch starken und positiven Eindruck die europäische Bildung-, Gesundheits- und Kulturpolitik auf diese US Amerikaner macht. Und im Wahlkampf 2016 hat die amerikanische Linke den Umbau der US Gesellschaft nach europäischem Vorbild explizit auf ihre Fahne geheftet, wie im folgenden CNN Artikel zu lesen ist:

Bernie Sanders' American Dream is in Denmark

<http://edition.cnn.com/2016/02/17/politics/bernie-sanders-2016-denmark-democratic-socialism/>

Sen. Bernie Sanders has proudly adopted the label of a "democratic socialist," and he has pointed to Denmark as a model for his vision of an ideal American future:

"In Denmark, there is a very different understanding of what "freedom" means... they have gone a long way to ending the enormous anxieties that comes with economic insecurity."

Nun es gibt bestimmt keinen Europäer, der meint, alles in den USA wäre besser als dessen Äquivalent in Europa. Es gibt viele politische Probleme, die in Europa besser gelöst wurden als in den USA. Dazu

zählen zweifellos Bildung, Gesundheit und, wie wir später sehen werden, ein demokratisch legitimes, transparentes, und nachvollziehbares Wahlrecht.

Wenn wir die angloamerikanischen und die europäischen politischen Traditionen untersuchen, finden wir allerdings einen Bereich, in dem die Angloamerikaner besser abschneiden: beim Schutz individueller Grundrechte.

In der angloamerikanischen Tradition genießt der Mensch gewisse „inalieable rights“, wie es in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 so schön heißt:

„Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen wurden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt wurden.

Diese Rechte sind in den ersten acht Amendments zur US Verfassung, dem sogenannten Bill of Rights, aufgelistet und dürfen von der Legislative weder beschränkt noch in Frage gestellt werden. Amendment 1 der US Verfassung hält fest, dass alle Amerikaner und alle, die sich in diesem Land aufhalten, ein unbeschränktes und unbedingtes Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen können.

US Verfassung:

Article [I] (Amendment 1 - Freedom of expression

Congress shall make no lawabridging the freedom of speech, or of the press;

Der Unterschied zu Europa wird klar wenn wir dieses Amendment mit Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes vergleichen:

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.

Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze.

Der Deutsche, (es gilt aber genauso für Österreicher, Franzosen und Schweden) hat demnach kein „inalienable“ Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern lediglich ein bedingtes Recht darauf, ein Recht, das vom Wohlwollen und Gesetzgebung der Staatsführung abhängt.

Es ist kein Geheimnis, dass die Democratic Party die US Verfassung als ein „living document“ betrachtet, etwas, das je nach politischem Bedarf anders zu interpretieren sei. Es ist genauso wenig ein Geheimnis, dass die amerikanische Linke, nach dem Vorbild der europäischen Linke, diese unveräußerlichen Rechte (vor allem das Recht auf Meinungsfreiheit und Waffenbesitz) im Namen von Political Correctness entweder gänzlich abschaffen oder in bedingte Rechte umwandeln will. Im Gegensatz dazu versuchen seit Jahren die „strict constitutionalists“ in der Republican Party die Partei auf unbedingte Treue zu einer unabänderlichen Interpretation der US Verfassung einzuschwören.

Die Wahl zwischen Republican Party und Democratic Party entpuppt sich, jenseits der Frage welcher Kandidat für das Amt besser geeignet ist, in ideologischer Hinsicht als eine Wahl zwischen jenen, die die amerikanische Verfassungstradition beibehalten wollen und jenen, die bereit sind, ihre unveräußerlichen Rechte gegen einen Wohlfahrtsstaat nach europäischen Muster einzutauschen, in der Hoffnung, dass dieser Staat eine Verbesserung ihres Lebensstandards bringen wird.

Ich habe keine Zweifel, dass die Amerikaner den American Way of Life mehrheitlich bestätigen und Old Europe eine Absage erteilen werden. Das hat weniger mit Trump als mit ihrem Patriotismus, dem Debakel um Obamacare und der europäischen Migrationskrise zu tun.

Auch wenn Trump mehr Stimmen bekommen sollte als Hillary Clinton, bedeutet dies aber nicht, dass er Präsident werden wird. Das amerikanische Wahlsystem macht es einem politischen Outsider extrem schwer, eine Wahl zu gewinnen. Aus europäischer Sicht kann man das amerikanische Wahlsystem nur als eine Schande bezeichnen. Eine Schande für ein Land, das sich für ein Vorbild in Sache repräsentativer Demokratie hält. Wir können in diesem Punkt Bernie Sanders Recht geben. Frei nach Hamlet muss man konstatieren, dass etwas faul ist, allerdings nicht in Staate Dänemark sondern in der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das US-amerikanische Wahlsystem

1) Das Electoral College

Die wichtigste Hürde für jeden Präsidentschaftskandidaten ist das Electoral College. Es gibt insgesamt 539 Wahlmänner, der Sieger muss davon mindestens 270 erhalten. In jedem Bundesstaat steht eine vorgeschriebene Anzahl an Wahlmännern zur Verfügung. Es herrscht das Prinzip „The Winner Takes All“. „Winner Takes All“ bedeutet, dass der Kandidaten mit weniger Stimmen trotzdem mehr Wahlmänner erhalten kann.

Ein einfaches Beispiel kann dies illustrieren:

In Kalifornien, die eine Bevölkerung von geschätzte 29mio Einwohnern hat, sind 55 Wahlmänner, 10% des gesamten electoral college, zu holen.

(Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_U.S._states_and_territories_by_population)

Im gesamten Westen mit Ausnahme von Washington State (WA) , das sind die Staaten AL, OR, ID, MO, WY, NV, UT, CO, AZ, und NM wohnen 28 Millionen Menschen, die ebenfalls gemeinsam 55 Wahlmänner wählen. WA hat 7 Mio Einwohner und stellt 12 Wahlmänner. Insgesamt wohnen im Westen der USA 64 Millionen Menschen und es stehen 122 Wahlmänner zur Wahl.

Gesetzt den Fall, dass Clinton in Washington und California nur knapp gewinnt, und Trump in allen anderen Staaten des Westens haushoch gewinnt, könnte er theoretisch bis zu einer Million mehr Stimmen als Clinton erhalten, er würde ihr in Wahlmännern trotzdem 67:55 unterliegen.

Dieses Beispiel ist zwar fiktiv und bewusst extrem gestaltet, illustriert aber einige wesentliche Merkmale des amerikanischen Systems:

- a) jeder Bundesstaat ist de facto und de jure ein einziger riesiger Wahlkreis,
- b) durch den **Sieg in nur einem** der supergroßen Wahlkreise, wie NY oder CA, kann eine Partei die gegnerische Partei in eine missliche Lage bringen. Mit nur einem weiteren Sieg kann eine ganze Region entschieden werden,
- c) Die Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten werden von der regionalen Exekutive organisiert, Es ist daher für die herrschende Partei möglich, Hürden in die Wahlordnung einzubauen, die für den Kandidaten der Oppositionspartei kaum zu überwinden sind.

2) Wahlmanipulation.

Im Wahlkampf 2016 ist das Thema Wahlmanipulation so offen und breit diskutiert worden, wie nie zuvor. Es gibt viele Gründe, die Ergebnisse von US Wahlen mit Skepsis zu betrachten.

Das Hauptproblem des US Wahlsystems ist das Fehlen eines zentralen Wahlregisters und eines allgemeingültigen Wahlrechts.

Im Gegensatz zu Europa gibt es in den USA keine Ausweispflicht. Bürger, die wählen wollen, müssen sich selber bei der lokalen Wahlbehörde anmelden. Die Wahlregister werden von der Behörde auf ihre Richtigkeit in vielen Fällen nicht genau überprüft.

<http://www.thegatewaypundit.com/2016/10/pew-center-1-8-million-dead-people-voter-rolls-2-75-million-registered-two-states/>

According to a recent report by the [Pew Center](#) the American voter registration system is in dire need of an upgrade.

*** Approximately 24 million—one of every eight—voter registrations in the United States are no longer valid or are significantly inaccurate.*

*** More than 1.8 million deceased individuals are listed as voters.*

*** Approximately 2.75 million people have registrations in more than one state.*

Es ist in den USA üblich, dass Bürger sich gegenüber den Parteien als Democrat, Republican oder Unabhängige Wähler deklarieren und als solche registrieren lassen. Die Parteien haben daher nicht nur eine gute Vorstellung davon, wer normalerweise wie wählt, **sondern auch wer normalerweise nicht zur Wahl geht**. Angesichts der mangelnden Ausweispflicht (ID registration) ist es für die Parteien relativ einfach, für diese notorischen Nichtwähler einen parteitreuen Ersatz in das Wahllokal zu schicken (sogenannte „election tourism“ oder „bussing“), der an Stelle des Nichtwählers dessen Bürgerpflicht absolviert.

In den folgenden Videos erläutern Vertreter von Vorfeldorganisationen der Democratic Party verschiedene Methoden der Wahlmanipulation (Bussing, Verteilung von falschen IDs uvm). Ein Satz am Beginn des ersten Videos fasst die Einstellung dieser amerikanischen politischen Aktivisten zu ihren eigenen demokratischen Wahlen zusammen:

Scott Foval, Deputy Director of People for the American Way: *You know what, we've been bussing people in to deal with you f---ing assholes for fifty years and were not about to stop now.*

Rigging the Election - Video II: Mass Voter Fraud

<https://www.youtube.com/watch?v=hDc8PVCvfKs>

Rigging the Election – Video III: Creamer Confirms Hillary Clinton Was PERSONALLY Involved <https://www.youtube.com/watch?v=EEQvsK5w-jY>

NB: DNC bedeutet *Democratic National Committee*, der Parteivorstand der Democratic Party)
Siehe auch:

<http://theantimedia.org/heres-a-rundown-of-election-fraud-in-the-2016-presidential-race-so-far/>)

Solche Missstände sind möglich, weil keine Regulierung der Wahl durch die Bundesbehörden stattfindet. Es ist kaum vorstellbar, aber die US Präsidentschaftswahl wird tatsächlich von mehr als Zehn Tausend (!) autonom agierenden regionalen Wahlbehörden organisiert.

Der folgende Artikel des Politikwissenschaftlers Robert Pastor bietet eine gute Zusammenfassung der Electoral Procedures der USA. Die wichtigsten Aussagen sind fett gedruckt.

<http://aceproject.org/ace-en/topics/em/electoral-management-case-studies/the-united-states-decentralized-to-the-point-of>

The US government has provided almost no funds and given little attention to establishing national institutions or formulating procedures to conduct elections. The United States lacks a national election commission; instead, 13,000 independent local entities manage elections without uniform procedures. The 50 states are theoretically responsible for supervising

elections, but few exercise much responsibility or even oversight. Though deeply engaged in shaping public policy on a wide range of issues, the American people have accepted this state of affairs and have not insisted on election reforms. **With the exception of a few cases, the public has taken for granted that elections are free and fair.** This attitude, combined with the general desire for less government, may explain the absence of electoral initiatives and the failure to modernize the electoral system.

In the presidential election of 2000, the losing candidate, Senator Albert Gore, won the popular vote but lost the electoral vote because Governor George W. Bush was reported to have won the state of Florida by 537 votes. Gore and the Democratic Party claimed that the many flaws in the system had biased the process against him. They asked for a recount, but the Supreme Court in a 5–4 vote decided to stop the count. Largely because of this decision, many Democratic Party members believed the election was unfair.

As a result, confidence in the electoral system was shaken. **Congress finally moved in 2002 to pass the first federal law in election administration—the Help America Vote Act of 2002 (HAVA). This law proved inadequate to the magnitude of the task, but the federal government has done little since then. Many states have acted, but the new state laws have reflected partisan concerns. In some states where the Republicans have a majority in the legislatures, they have passed laws to prevent voter fraud by requiring photo identification cards and restricting the time and manner in which registration can occur. The Democratic Party has opposed these initiatives, arguing that their true purpose was to suppress voter turnout by poor and minority voters.**

Historical Background of Election Administration

The US constitution of 1787 does not guarantee citizens the right to vote. Indeed, it says very little about the administration of elections except to suggest that states have the responsibility to determine the procedures for choosing electors to the Electoral College, which serves as an intermediary between the voters and the final choice for president and vice president.

Over time, individual states devolved responsibility for administering elections to the local level because most elections were for local offices, and national elections occurred at the same time. Counties and municipalities registered voters, designed the ballot papers, purchased the voting machines and trained polling officials. Few states had a budget to help the local election authorities, and thus they had little power over the conduct of elections.

The election authorities at that level are selected and replaced in many different ways. Most officials are appointed by mayors, who are themselves elected at the local level; some are appointed by political party officials; and some are civil servants. **Most officials are partisan (parteilich); some states require bipartisan administration; few are nonpartisan.**

Legislative Framework

The statutory requirements for most elections are defined by laws passed by each of the 50 states. HAVA is the only national law addressing the issue of election administration. It sets a few national standards and requirements for voting, but makes most of these conditional on whether the states decide to accept funding from the Election Assistance Commission (EAC), which is established by the same law

The new law aimed to help states retrieve authority over the conduct of elections, and to exercise it in a way that permits some uniformity at the national level. HAVA did not provide for uniformity of standards, and the EAC was quite weak

The EAC oversees the testing, certification, de-certification and re-certification of voting system hardware and software, provides election assistance, and encourages states to adopt voluntary guidance. Its regulatory powers are sharply limited. It cannot, for example, 'issue any rule, promulgate any regulation, or take another action' that imposes a requirement on any state or locality.

The 13,000 individual counties and municipalities continue to manage virtually every stage of the electoral process.

Funding and Accountability of Election Administration

*Until HAVA, the federal government spent no money on elections, and the states spent very little. Most funding was raised and spent at the local level. **With the passage of HAVA, the federal government transferred nearly USD 3 billion between 2003–05 to the states to purchase new machines and implement statewide plans, including for computer-based, statewide registration lists. When that money was exhausted within a few years, the EAC's budget declined to less than USD 20 million per year.***

*The EAC (like the FEC) is accountable to Congress, the executive branch and the courts. **The local authorities are accountable to their communities and, secondarily, to the state officials and the courts.***

Technology

*In the 2000 presidential election, more than half of all voters used punch card or lever voting machines. Their flaws became obvious during the review of the election. Many of the lever machines, which were first built a century earlier, simply broke down. As a result, **substantial funds were invested in new electronic machines, and by 2008, 89 per cent of all voters used electronic machines.***

Die Möglichkeit der Manipulation der Wahlmaschinen, die von privaten Anbietern wie *Smartmatic*, eine UK Firma im Besitz von George Soros, zur Verfügung gestellt werden, ist bekannt und in den letzten Jahren oft besprochen worden. Es gibt aber auch legale Methoden, die Wahl zu beeinflussen, zum Beispiel durch eine bewusste Verknappung der Wahllokale in Gegenden, wo viele oppositionelle Wähler leben. Eine solche Maßnahme, die die Democratic Party in den Vorwahlen mit Erfolg gegen Bernie Sanders Wähler verwendete, bewirkt, dass trotz stundenlangem Warten viele Wähler es nicht schaffen, das Wahllokal zu betreten, bevor das Lokal am Abend schließt.

3) Die Rolle des Fernsehens

Die US TV Networks spielen eine entscheidende Rolle in einem spezifisch amerikanischen Wahlritual. Genauso wie in Europa erstellen die Fernsehstationen Hochrechnungen durch einen statischen Vergleich der Ergebnisse früherer Wahlen, Umfragen und Exit Polls mit den Ergebnissen aus den ersten Bezirken, die sich melden. Aufgrund dieser Hochrechnungen behaupten die Networks zu gegebener Zeit, dass ihre „Decision Desks“ wissen, wer die Wahl gewonnen hat. Dieser Vorgang ist durchaus legitim als Ergänzung zum amtlichen Wahlergebnis. Das Besondere am amerikanischen Wahlritual ist die Erwartung, dass der angeblich unterlegene Kandidat als Reaktion auf die Verkündung seiner Niederlage durch CNN und FOX News das behauptete Ergebnis offiziell akzeptiert,

seinen Gegner zu seinem Sieg gratuliert und somit auf eine Wahlanfechtung verzichtet. Das Ergebnis der Wahl steht in den USA fest, lang bevor das amtliche Endergebnis ermittelt wurde. In vielen Fällen entspricht das vom Fernsehen vorausgesagte Ergebnis nicht der Realität. Die fiktive Realität ist aber schon zur politischen Wirklichkeit geworden.

Ein Paradebeispiel dafür war der Sieg von Ron Paul bei der republikanischen Vorwahl in Iowa 2011.

*Huffington Post reported that Paul was ahead by one point over Romney and Rick Santorum in [entrance polls](#) conducted by Edison Media Research for the AP before the caucuses. **After the caucus, [results](#) from 8 precincts (including those with colleges, in a state where Paul [won 48%](#) of the youth vote) went missing. Interestingly, these were all precincts [Romney lost](#) in 2008. In addition, GOP officials discovered inaccuracies in 131 precincts.***

*Iowa originally reported Romney in first, Santorum in a close second, and Paul third. **After the recount, Santorum was named the winner with Romney in second. No mention was given to how the recount affected Paul's vote count.** Iowa GOP chairman, Matt Strawn, later [resigned](#) and was [replaced](#) by Paul supporter, A.J. Spiker and **Paul went on to win the majority of delegates.***

<https://jaretglenn.wordpress.com/2012/07/31/how-the-republican-party-stole-the-nomination-from-ron-paul/>

Ein wirklich erstaunliches Ereignis in diesem Wahlkampf war die Weigerung Donald Trumps, die Hochrechnungen der Fernsehstationen als Abbild der realen Ergebnisse zu akzeptieren. In Präsidentschaftsdebatte Nr. 2 beharrte er auf seinem Recht, das amtliche Endergebnis abzuwarten. Diese Haltung bewegte CNN dazu, den pensionierten Fernsehmoderator Dan Rather vor die Kamera zu bringen. Dan Rather hat bei älteren Wählern eine ähnliche Glaubwürdigkeit wie ein Hans Georg Heinke oder Ulrich Wickert in Österreich und Deutschland,. Das Gespräch ist aufschlussreich:

<http://sgtreport.com/2016/11/exposed-the-master-key-how-they-will-steal-the-election/>

Min 1:20 Moderator (Anchor): *Let's talk about what happens at 11pm or whatever time the networks are ready to call this race (bereit zu verkünden, wer das Rennen gewonnen hat). **What is the role a journalist can play, an anchor, in helping the country accept the results, once the decisions desks are confident in the results.** (Wie kann der Moderator dem Land helfen, die Ergebnisse zu akzeptieren?)*

Dan Rather: *Well first of all the role of the anchor is to be an honest broker of information and **to get as close to the truth as is humanly possible.** And on election night, **when it is clear**, if it is clear, **that Hillary Clinton has been the winner**, I believe that every anchor feels some responsibility perhaps not to say so directly. These charges that Donald Trump is making about a "rigged election" are ridiculous, untrue and dangerous."*

Das folgende Video bietet einen faszinierenden Einblick in die Fähigkeit des Fernsehens, den wahren Ablauf einer elektronischen Wahl vollkommen unsichtbar zu machen:

How the 2004 Election was Stolen by Republicans

<https://www.youtube.com/watch?v=WHLQquZpaCw>

Min 1:00: *Then the clock struck 11:14 pm and the servers counting the votes in Ohio crashed. Now election officials in Ohio had planned for this sort of thing to happen. They had already*

contracted with a company called Smarttech in Chattanooga, Tennessee to be their backup, should the Ohio servers crash and go down.

Min 1:58 Smarttech got the contract to count the votes on election night if the Ohio servers crashed, which they did at exactly 11:14 pm. 60 seconds later the servers came back up in Ohio but now with the vote rerouted through Smarttech in Chattanooga and Bush's prospects for re-election were suddenly a lot brighter. The vote totals that poured in from Smarttech in Chattanooga flipped the exit polls on their head. The lead that John Kerry had in the exit polls had magically reversed by more than 6 percent, something unheard of in any other nation in the developed world, giving Bush the win in Ohio and thus the presidency.

Die sonderbare Abweichung der Exit Polls vom Endergebnis 2008 hat zu einem Erstarren der allgemeinen Skepsis über die Richtigkeit der Ergebnisse geführt. Wikipedia berichtet folgendes:

https://en.wikipedia.org/wiki/2004_United_States_election_voting_controversies

The 2004 election brought new attention to the issue of [exit polls](#).^[48] Discrepancies existed between early exit poll information and the officially reported results. These discrepancies led some, including British Prime Minister [Tony Blair](#), to prematurely conclude that Kerry won the election.^[49]

[Mitofsky International](#), the company responsible for exit polling for the [National Election Pool](#) and its member news organizations, released a report detailing the 2004 election's exit polling.^[52] The NEP report stated that "the size of the average exit poll error ... was higher in 2004 than in previous years for which we have data." The NEP report further stated that "Exit polls do not support the allegations of fraud due to rigging of voting equipment. Our analysis of the difference between the vote count and the exit poll at each polling location in our sample has found no systematic differences for precincts using touch screen and optical scan voting equipment."^[52]

*A study performed by the [Caltech](#) / [MIT](#) Voting Technology Project concluded that "there is no evidence, based on exit polls, that electronic voting machines were used to steal the 2004 election for President Bush."^[53] **This study was criticized for using data that had been corrected to match the official count, and thus "essentially analyzing rounding error".**^[54] **On December 5, 2004 Charles Stewart III of MIT released a revised report which, he said, used pre-corrected data.**^[55] **Two days later, however, [Warren Mitofsky](#), who had overseen the exit polling, stated that the pre-corrected data were proprietary and would not be released.**^[56]*

Ich beobachte US Präsidentschaftswahlen seit 1988. Bei jeder Wahl seit 2000 verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass einer der beiden Kandidaten von vorn herein weiß, dass er verlieren wird, und dass seine wahre Aufgabe darin liegt, einen good loser darzustellen. Besonders stark hat John Kerry 2008 diesen Eindruck vermittelt. Seine Concession Speech ist interessant, seine entspannte und fröhliche Körperhaltung sowie sein Desinteresse an eine Aufklärung irgendwelcher Unregelmäßigkeiten bei der Wahl bemerkenswert. Aus seinen Worten geht hervor, dass sein Eingeständnis der Niederlage vor Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses erfolgte.

Election Night 2004 - John Kerry's Concession Speech

<https://www.youtube.com/watch?v=X4Gskff94lc>

*President Bush and I talked about the danger of division in our country and of the **desperate (sic!) need for unity**. Today I hope that we can begin the healing. In America, it is vital that every vote counts and that every vote be counted. But the outcome should be decided by voters and not by a protracted legal process. **I would not give up this fight if there was a chance that we would prevail.** But it is now clear that even when all the provisional ballots are counted, which they will be, there won't be enough outstanding votes (Stimmen, die in*

der Hochrechnung noch nicht enthalten sind) for us to be able to win Ohio and therefore we cannot win this election.

(Siehe auch den oben verlinkten Wikipedia Artikel und:

How Ohio was "Delivered" to Bush

http://www.whatreallyhappened.com/WRHARTICLES/2004votefraud_ohio.html)

Zum ersten Mal in vielen Jahren stellt sich in Donald Trump einen Gegenkandidaten zur Wahl, der eindeutig kein "good Loser" darstellen will oder kann, sondern ein Mann, der sein Leben lang nur gewinnen wollte. Darüber hinaus macht Trump keinen Hehl aus seiner Verachtung für die Medien und ihre Journalisten und stellt die Wahlbehörden landauf, landab als korrupt dar.

Die entscheidende Frage für mich in Vorbereitung auf die heutige Wahlnacht ist folgende: Wie wollen die Wahlbehörden und die Fernsehnetworks ihr Wahlritual inszenieren, wenn einer der Kandidaten nicht bereit ist, an diesem Ritual teilzunehmen?

Julian Assange behauptet, das Establishment wird einen Sieg Donald Trumps nicht zulassen. Is this a case of the unstoppable force meeting an immovable object?

Falls Trump sich weigert, das Fernsehergebnis anzuerkennen und es aufgrund der elektronischen Wahlmaschinen nicht möglich sein sollte, den genauen Hergang der Wahl über jeden Zweifel zu rekonstruieren, wird der Gewinner, ob Trump oder Clinton, von sehr vielen amerikanischen Bürgern als ein illegitimer Sieger betrachtet werden. Sollt der Verdacht sich erhärten, dass die Democratic Party Wahlbetrug in großem Stil ermöglicht hat, dann könnte (müsste?) dies eine Staatskrise in den USA auslösen. Eine allerletzte Möglichkeit für die Democratic Party wäre der Versuch, die republikanischen Wahlmänner zu einer Stimmabgabe für Clinton zu bewegen, unter Einsatz von welchen Mitteln auch immer. Eine solche Wahl wäre vermutlich verfassungskonform, würde aber das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische Legitimität des US politischen Systems weiter stark untergraben. Eine Verfassungskrise scheint zum Greifen nah.

Die Hauptschuld an dieser Misere trägt das dilettantische Wahlsystem der USA und die Bereitschaft beider Parteien, die Schattenbereiche dieses Systems zu ihrem Vorteil auszunutzen. Nicht nur die USA werden einen Schaden davontragen. Jedes Land, dessen Verfassung, Freiheit und Demokratie nach amerikanischen Vorbild gestaltet wurde und in den USA einen Garant für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie erblickt, wird eine Vertrauenskrise erleben. Die Nachwirkungen dieser Präsidentschaftswahl können dem Rechtsstaat und der Demokratie in Europa durchaus einen schweren Schaden zufügen.